

1 Antragsteller\*innen: Liana Fix, Michelangelo Freyrie, Jusos Berlin

2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Der Bundesparteitag möge beschließen

## 4 Für eine konsequente sozialdemokratische 5 Russlandpolitik!

6

7 Der Umgang mit Moskau auf der internationalen Bühne ist in letzter Zeit immer schwieriger  
8 geworden. Europas Beziehungen zu Russland sind immer wieder Rückschlägen ausgesetzt.  
9 Innenpolitisch hat Moskau nicht erst mit der Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny  
10 seine brutale Seite gezeigt. Das wurde auch durch die zahlreichen Inhaftierungen und die  
11 massive und repressive Polizeigewalt als Reaktion auf regierungskritische Proteste nach der  
12 Verurteilung Nawalnys sichtbar. Dies reiht sich ein in eine mittlerweile lange Liste der  
13 vergifteten, getöteten, bedrohten, verhafteten oder ins Exil getriebenen Kritiker\*innen.

14 Gleichzeitig sind bei den politischen Machthabern in Russland Korruption und Kleptokratie an  
15 der Tagesordnung, wie zuletzt auch durch die Enthüllungen der "Pandora-Papiere" belegt.  
16 Wirtschaft und Gesellschaft werden für die Eigeninteressen einer kleinen Elite  
17 instrumentalisiert. Dies führt insbesondere bei Teilen der jüngeren Generation zu Empörung.  
18 Die Parlamentswahlen im September 2021, die als die unfairsten und unfreisten Wahlen seit  
19 dem Ende der Sowjetunion bezeichnet werden können,<sup>1</sup> haben gezeigt, dass politische  
20 Mitbestimmung eine Illusion ist und nicht-systemtreue Kandidat\*innen systematisch unter  
21 Druck gesetzt und ausgeschlossen werden. Eine neue Repressionswelle, bei der Proteste  
22 verboten und Teilnahme hoch bestraft wird, zeigt, dass die autokratische Entwicklung  
23 Russlands eine neue Qualitätsstufe erreicht hat. Dabei geraten auch zunehmend deutsche  
24 Organisationen und Medien sowie ihre Kooperationspartner, wie zum Beispiel Memorial und  
25 die Deutsche Welle, unter Druck.

26 Auch international befinden sich Russland und die EU sowie ihre Partner und Verbündeten im  
27 geopolitischen Konflikt. In Afrika, Osteuropa und im Nahen Osten verfolgt Russland politische  
28 und militärische Interessen, die die regelbasierte Ordnung unterminieren, und versucht eine  
29 Einflusszone sowie Machtinstrumente gegen die EU und NATO aufzubauen. Dabei werden -  
30 wie in der russischen Verteidigungsdoktrin dargelegt - nicht nur militärische, sondern auch  
31 politische und wirtschaftliche Instrumente wie zum Beispiel Desinformation eingesetzt, um  
32 Konflikte zu gewinnen.

33 Mit Blick auf die neusten Entwicklungen ist zu erwarten, dass die Repressionen noch  
34 zunehmen werden, je mehr gesellschaftliche Unzufriedenheit sich rührt. Klar ist: Jegliche

---

<sup>1</sup> <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-dumawahl-2021>

35 Stärkung und Legitimation des russischen Machtsystems geht zu Lasten der russischen  
36 Bürger\*innen, insbesondere Menschenrechtsverteidiger\*innen, Umweltaktivist\*innen und  
37 Kämpfer\*innen für soziale Gerechtigkeit. Eine sozialdemokratische Russlandpolitik muss  
38 primär darauf zielen, die russische Zivilgesellschaft zu stärken und sich solidarisch zu zeigen  
39 mit den Bürgerinnen und Bürgern statt mit den Machthabern und Eliten.

40 Es ist unsere Verantwortung, unabhängige zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen  
41 und Kritiker\*innen Schutz zu bieten, die im In- und Ausland der Gefahr von Attentaten  
42 ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Streben nach Demokratie und politischer Beteiligung  
43 durch die russische Zivilgesellschaft, unabhängig davon, dass einzelne  
44 Oppositionspolitiker\*innen wie Nawalny auch kritisch zu betrachten sind. Nur durch freie,  
45 gleiche und demokratische Wahlen kann echte Partizipation erreicht und Menschenrechte  
46 durchgesetzt werden.

47 Die Einbindung der Zivilgesellschaft muss ganz klar im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen  
48 Russlandpolitik stehen, die langfristig und strategisch die Zukunft Russlands und der deutsch-  
49 russischen und europäisch-russischen Beziehungen im Blick hat. Dabei soll der schwierige  
50 Dialog mit russischen Entscheidungsträger\*innen fortgesetzt werden, insbesondere bei den  
51 drängendsten Herausforderungen von heute, wie dem Klimawandel und der Erreichung  
52 globaler Nachhaltigkeitsziele wie der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

53 Trotz dieses Bekenntnisses zum Dialog reicht ein Kurs des „Weiter so“ mit Blick auf das neue  
54 Level der Autokratisierung und Repression, das in den letzten zwei Jahren erreicht worden  
55 ist, sowie der sich ausbreitenden Korruption und Kleptokratie in Russland, nicht aus. Auf  
56 Worte müssen Taten folgen! Die Bundesregierung und die Regierungskoalition unter Führung  
57 der SPD müssen entschieden für Menschenrechte einstehen, auch wenn diese  
58 möglicherweise Wirtschaftsinteressen gegenüberstehen, und sie gegen staatliche Repression  
59 verteidigen. Die personenbezogenen Sanktionen durch die Bundesregierung und weitere  
60 Staaten der Europäischen Union sind dafür alleine nicht ausreichend.

#### 61 **Deswegen fordern wir:**

- 62 ● die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Mitglieder der Bundesregierung auf, sich  
63 klar gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die russische Regierung zu  
64 positionieren und weitere entsprechende Maßnahmen zur Sanktionierung von  
65 verantwortlichen Eliten und Machthabern zu ergreifen. Diese sollen sich  
66 **ausschließlich gegen für Menschenrechtsverletzungen Verantwortliche**  
67 **richten, und nicht der Bevölkerung schaden.** Russische Oligarchen sind oft  
68 Komplizen der politischen Machthaber und sollten daher mit einbezogen werden.  
69 Maßgeblich dafür ist das EU-Menschenrechts-Sanktionsregime auch unter Einsatz  
70 der erst vor kurzem von der EU verabschiedeten neuen **Sanktionsinstrumente**  
71 **zur individuellen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen.**
- 72 ● als symbolische Geste der Solidarität mit unseren Nachbarn und zur Stärkung der  
73 EU als glaubwürdige Akteurin die **Einbeziehung der EU Battlegroups in der**  
74 **NATO Enhanced Forward Presence** in den baltischen Staaten.
- 75 ● den Kampf gegen Korruption und Geldwäsche zu verstärken. Aus Russland  
76 exportiertes schmutziges Geld darf in der EU keinen Platz haben. Das europäische  
77 und deutsche Finanzsystem darf nicht mehr wie aktuell für die russische

78 Geldwäsche missbraucht werden. **Die EU und alle ihre Mitgliedstaaten müssen**  
79 **entschieden gegen Geldwäsche, organisiertes Verbrechen, Desinformation**  
80 **und Propaganda auf europäischem Boden vorgehen.**

- 81 ● mehr Räume und Förderung für kulturelle, soziale und politische Initiativen für  
82 russischsprachige Deutsche, die ein **primäres Ziel russischer Desinformation**  
83 sind.
- 84 ● die Weiterführung des Dialogs über eine allgemeine **Visaliberalisierung**,  
85 insbesondere für die Jugend, zur Förderung des gesellschaftlichen Austauschs.
- 86 ● **besseren Schutz russischer Oppositioneller und Regierungskritiker\*innen** in  
87 der Bundesrepublik, beispielsweise durch ein humanitäres Visaprogramm, damit  
88 die russische Diaspora und Geflüchtete in Deutschland und Europa solange wie  
89 nötig einen sicheren, vertrauenswürdigen und willkommenen Hafen vorfinden.

- 90 ● „Die Bundesregierung und den Senat von Berlin dazu auf: eine  
91 „Osteuropauniversität in Berlin“ einzurichten und zu finanzieren, die eine neue  
92 Heimstätte für unabhängige Forschung durch Wissenschaftler\*innen aus Russland  
93 und Belarus außerhalb ihrer Länder ermöglichen wird und dadurch einen Beitrag zur  
94 Ausbildung der wissenschaftlichen Elite für die Zeit nach Vladimir Putin beitragen kann
- 95 ● Unterstützung für unabhängige Medienprojekte aus der russischsprachigen Welt  
96 vorzusehen, die gegen die Propaganda der regierungsnahen und regierungseigenen  
97 Medien aus Russland wirken. Diese kann in Form spezieller Fortbildungsprogramme,  
98 Unterstützungsstipendien, Zuschuss- und Darlehensprogramme und weitere  
99 Instrumente erfolgen.“

100

101

102